

Als Bündnis "Heidelberg für Alle" haben wir gemeinsam Forderungen an die oder den zukünftige*n OB erarbeitet. Wir lesen sie in alphabetischer Reihenfolge der Oberthemen vor. Wir fordern

zu Antirassismus:

- eine offene, gerechte und antirassistische Stadt und dafür
- eine stadtweite Befragung und begleitende Studien, welche die Bedürfnisse, Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen der Heidelberger*innen abbilden,
- die Einrichtung einer qualifizierten psychologischen und psychosozialen Beratungsstelle für BIPOC,
- die finanzielle und öffentlichkeitswirksame Unterstützung von Projekten von BIPOC in der Stadt durch die*den nächste*n OB,
- eine kritische Studie zu Rassismus in HD & HD-er Institutionen
- sowie eine Meldestelle für Rassismus bei der Wohnungssuche.

zur Energieversorgung:

- das Handwerk muss gefördert werden. Junge und angehende Handwerker*innen müssen bei Treffen zum Handwerk vertreten sein. Aus- und Weiterbildungen müssen gestärkt werden, der Fokus auf Nachhaltigkeit liegen.
- Die Photovoltaik-Anlagen müssen ausgebaut werden.
 - Das bedeutet: Bis 2028 müssen alle städtischen Gebäude mit PV ausgestattet sein und es braucht eine Umsetzungsstrategie, wie das enorme Potential aller Dächer (von min. 400 MW) bis 2030 ausgeschöpft werden kann
 - Konzepte zur freiwilligen Beteiligung der Bürger*innen an der Finanzierung des PV-Ausbaus müsse genutzt werden und die Stadt muss sich für den Abbau regulatorischer Hemmnisse insb. beim Denkmalschutz einsetzen.
- Wir brauchen einen schnellen Ausbau der Windkraft - innerhalb von 2 Jahren müssen Standorte & Investoren gefunden werden.
- Das HD-er Fernwärmenetz muss für die effiziente Nutzung erneuerbarer Energien startklar gemacht werden - hierfür muss das Fernwärmenetz auf niedrigere Temperaturen umgestellt werden und der Umstieg auf Niedertemperaturheizkörper oder Fußbodenheizungen muss gefördert werden

Zum Thema Flucht/Asyl fordern wir

- dass jetzt mit Modernisierung im PHV begonnen werden muss, denn die Wohnungsnot geflüchteter und anderer Menschen erfordert schnelle Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Die Infrastruktur (wie z:B. Kindergarten- und Schulplätze sowie die Busanbindung) müssen verbessert werden
- Es muss der Gemeinderatsbeschluss von 2018 umgesetzt werden, Geflüchtete von den EU-Außengrenzen aufzunehmen und
- die Stadt muss sich für Aufnahme ALLER Geflüchteten einsetzen.
- Die Behörden müssen sich an den Problemen und Bedürfnissen der Schutzsuchenden orientieren, nicht anders herum.
- Es braucht den Identitätsnachweis per Eidesstattlicher Erklärung
- und jegliche Hürden für's Ehrenamt müssen abgebaut werden.
- Bleiberecht statt Abschiebung!

Wir brauchen Freiräume:

- Die Stadt muss gemeinnützige Freiräume einrichten und fördern.
 - Diese müssen im Sommer und Winter nutzbar sein,
 - barrierearm
 - und mit geschlechtsneutralen und barrierefreien Sanitäreinrichtungen ausgestattet sein,
 - zentral liegen.
 - Es darf keine übermäßige Präsenz und Überwachung von Polizei und Sicherheitskräften geben.
 - Die autonome Handhabung der Freiräume muss gefördert und ermöglicht werden.

Internationale Verantwortung bezüglich der Klimakrise:

- Heidelberg muss sicherer Hafen sein - auch für Menschen, die vor den Auswirkungen der Klimakrise fliehen müssen.
- Zwar gelten die Auswirkungen der Klimakrise noch nicht als offizieller Fluchtgrund, dennoch müssen die Menschen auch in Heidelberg aufgenommen werden.
- MAPA, the Most Affected People and Areas müssen bei der Anpassung an Klimakrise und akut während klimabedingten Katastrophen über Hilfs- und Anpassungsfonds unterstützt werden.
- Es braucht mehr Sichtbarkeit von MAPA-Repräsentant*innen und -Aktivist*innen sowie fixes Budget und die Bereitstellung von Räumen zur Unterstützung in ihrem Aktivismus

LGBTQIA+ und Feminismus:

- HD muss eine Stadt ohne Platz für Queerfeindlichkeit und Sexismus sein.
- Dafür müssen Homophobie, Transfeindlichkeit, Sexismus und alle anderen Diskriminierungsformen wirksam bekämpft werden.
- Queere, selbstverwaltete Spaces müssen geschaffen werden,
- ebenso müssen die bestehenden Kapazitäten und Ressourcen von sicheren Orten auch für Frauen, ausgebaut werden.
- Das queere Bündnis "The *Bubble" hat auch Forderungen erarbeitet, schaut sie euch unbedingt an.

Obdach- / Wohnungslosigkeit:

- muss effektiv an der Wurzel bekämpft werden - die Mietpreise müssen gebremst werden
- Die defensive Architektur, die als obdachlosfeindlich bewertet werden kann, muss endlich enden ebenso wie unangemessene Platzverweise.
- Alternative und betroffenenzentrierte Interventions-, Unterstützungs- und Beratungsangebote, die Menschen in ihrer Situation unterstützen, müssen gefördert werden.

Soziale Gerechtigkeit:

- Die Stadt braucht eine klare Strategie, wie in Armut und Armutsgefährdung in HD in nächsten 8 Jahren um 30 % gesenkt werden soll
 - es braucht Programme zur Beschäftigung,

- stabile, soziale Netzwerke in allen Stadtteilen,
- ausreichende Kinderbetreuung
- und weitere Instrumente, um die Armut zu bekämpfen.
- Soziale Teilhabe muss für alle sein, alle Barrieren und Ausgrenzungen gehören abgeschafft

Teilhabe und Sprache:

- Die offiziellen Kanäle der Stadt müssen mehrsprachig und auch in Leichter Sprache aufrufbar sein.
- Durch Dolmetscher*innen für Lautsprache und Gebärdensprache muss allen Menschen die Teilhabe an öffentlichen Veranstaltungen möglich sein.
- Städtische Stellenausschreibungen müssen auf mittelbare Diskriminierung geprüft werden. Diese muss wo nötig unterbunden werden.

Verkehr:

- Es braucht Flächengerechtigkeit zwischen den Verkehrsmitteln - eine Neuversiegelung ist soweit möglich auszuschließen.
 - Stattdessen müssen Flächen umgewidmet und vorrangig dem Autoverkehr entzogen werden
 - Die Autoparkplätze müssen reduziert werden - stattdessen müssen Fahrradstellplätze zugebaut werden.
- Der ÖPNV muss kostengünstig bis kostenlos werden und alle Stadtteile gut anbinden. Emmertsgrund & Boxberg dürfen nicht vergessen werden.
- Die autofreie Zone rund um die Altstadt muss erweitert werden & in anderen Stadtteilen müssen autofreie Quartiere eingerichtet werden.

Wissenschaftliche Überprüfbarkeit der Maßnahmen zum Klimaschutz:

- Die Maßnahmen der Stadt müssen in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit geprüft und ggf. nachbessert werden.
- Hierbei muss das Ziel immer Klimaneutralität bis 2030 sein.

Wohnen:

- Wohnen darf kein Luxus sein! - aus Wohnraum darf kein Profit mehr geschlagen werden.
- Der Leerstand muss effektiv bekämpft und Boden in kommunales Eigentum überführt werden.
- Jährlich müssen min. 4 % aller Häuser energetisch sanieren - dabei darf die Warmmiete nicht ansteigen & die Stadt muss bei Bedarf die Differenz ausgleichen.
- Bestand ist dem Neubau vorzuziehen - bestehende Gebäude erhalten und sanieren. Die Stadt muss sozialgerechten, suffizienten, flexiblen, gemeinwohlorientierten und barrierefreien Wohnraum schaffen.